

## **Uruguays Präsident spendete 550.000 Dollar seines Gehaltes**

In seiner wöchentlichen Radioansprache hat Uruguays Ende februar abtretene Präsident José Mujica eröffnet, dass er 550.000 US-Dollar seines Präsidentengehaltes gespendet hat. Davon flossen 400.000 Dollar in das Wohnungsbeschaffungsprogramm "Plan Juntos", das im Jahr 2010 initiiert wurde und mit dem 50.000 ökonomisch benachteiligten Familien in Uruguay geholfen werden soll. Der Rest ging als Zuwendung an sein Parteienbündnis Frente Amplio.

Er wisse, dass mit diesen Spenden die Welt nicht verändert werde, aber "wir fühlen und multiplizieren unser Engagement in der Gesellschaft". Für die Regierung sei es relativ einfach, Steuern zu erheben, die dann andere zahlen, aber es gebe auch eine ethische Pflicht, so Mujica weiter. Er wies auch darauf hin, dass die Präsidentin der Frente Amplio, Mónica Xavier, 150.000 Dollar ihres Gehaltes zu dem Projekt beigesteuert habe.

Außerdem kritisierte Mujica die Einkommensverteilung und die hohe Ungleichheit in seinem Land. Sozialpolitik sei unvermeidbar, um eine exzessive Konzentration an Wohlstand zu verhindern. Er sei sich aber auch bewusst, dass diese Ungleichheit Widersprüche und Proteste in der Bevölkerung auslöse. Konkret kritisierte er die Unternehmen im Land, die immer wieder Steuererleichterungen durchsetzten, während der Fiskus Steuergelder für soziale Maßnahmen bräuchte.

Am 28. Februar wird der Präsident sein Amt an Tabaré Vázquez übergeben. Er kritisierte zugleich das Ausmaß der geplanten Veranstaltungen zur Amtsübergabe.

## **Kolumbiens Regierung und FARC verhandeln wieder**

Die Delegationen der Regierung und der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) haben in einem gemeinsamen Kommuniqué die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen für den 2. Februar angekündigt. Die Vertreter der Regierung von Präsident Santos und der Guerilla waren zuvor vom 15. bis zum 18. Januar zusammengetroffen, um Details der Tagesordnung zu besprechen. Vereinbart wurde, dass die Teilnehmer der Historischen Kommission des Konflikts und seiner Opfer am 10. Februar ihre Berichte vorlegen. Die Gespräche beider Delegationen mit der zweiten Gruppe von Frauenorganisationen im Rahmen der Arbeit der Kommission für Geschlechterfragen ist für den 11. Februar vorgesehen.

Während dieser ersten Verhandlungsrunde im neuen Jahr soll außerdem das weitere Vorgehen der Kommission diskutiert werden, die sich derzeit mit dem Punkt "Ende des Konflikts" befasst.

Die Regierung Kolumbiens und die FARC verhandeln seit über zwei Jahren in der kubanischen Hauptstadt Havanna, um ein Ende des seit 50 Jahren andauernden Krieges zu erreichen. Dieser hat nach aktuellsten Schätzungen der Regierung allein in den vergangenen 30 Jahren 6,8 Millionen Opfer gefordert – darunter gewaltsam Vertriebene und Verschwundene, Verhaftete und Gefolterte und 230.000 Tote.

Nach der Gefangennahme von General Rubén Darío Alzate durch die FARC im vergangenen November [suspendierte](#) die Regierung die Verhandlungen. Erst nach Alzates Freilassung kamen die Delegationen Anfang Dezember wieder zusammen, um zunächst über eine "Deeskalation" der Auseinandersetzung zu sprechen. Seit dem 20. Dezember 2014 halten die FARC eine einseitige

unbefristete Waffenruhe ein. Präsident Santos signalisierte vergangene Woche erstmals die Bereitschaft seiner Regierung zu einem bilateralen Waffenstillstand noch während der Friedensgespräche.

## **Wikileaks publiziert „investigative Journalisten“ als Ausspähprojekt des GCHQ**

Die relevante vorher nicht publizierte Dokument ist die militärische Verfahrensvorschrift für alle militärischen und counter-intelligence Operationen.

Das Dokument enthält Instruktionen, die sich mit unauthorisierten Veröffentlichungen, investigativen Journalisten, Parlamentariern, ausländischen Spionen, Terroristen und Kriminellen und und .. auch belastenden Radio und AudioVeröffentlichungen oder Hackern und verwandten Themen beschäftigen.

Auf das Dokument wird sich in den Diensten als "JSP 440" ("Joint Services Publication 440")bezogen. Es rechtfertigt u.a. die Überwachung von *Wikileaks*, as mentioned in "[UK Ministry of Defence continually monitors WikiLeaks: eight reports into classified UK leaks, 29 Sep 2009](#)". Zugleich publizierte der „Guardian“ aus den Snowden material, dass Emails vom BBC, Reuters, the Guardian, the New York Times, Le Monde, the Sun, NBC und der Washington Post vom GCHQ binnen 10 Minuten in 2008 abgefangenen 70.000 emails war und im Behörden Intranet als Teil eines Test Pakours für die signals intelligence agency benutzt wird. Über 100 Redakteure führender britische Medien verlangten jetzt von Cameron jetzt die Garantie der Presse- und Medienfreiheit. <http://www.theguardian.com/uk-news/2015/jan/19/gchq-intercepted-emails-journalists-ny-times-bbc-guardian-le-monde-reuters-nbc-washington-post>

## **„Der Hund, der für die islamfeindlichen Demos verantwortlich ist ....“**

so soll die deutsche Übersetzung des in arabische Sprache verfassten Tweets lauten. Nach der Innenminister Konferenz. Sie lieferte den Dresdener Polizeibehörden den Vorwand sämtliche Demos in Dresden am Montag wegen konkreter Gefahr für den verurteilten Kleinkriminellen und Pegida-Organisator Lutz Bachmann zu verbieten. Bachmann scheint bereits am Donnerstag von derartiger „Bedrohung“ informiert gewesen sein, aber publizierte erst mit seinem OrgaKomitee aber erst am Sonntag die Demoabsage. Ziemlich zeitgleich mit dem generellen Demoverbot der Dresdner Polizei. Dies wohl um sich besser als Opfer zu stilisieren zu können. Am Mittwoch nun soll der zahlenmässig eher schwache LEGIDA Ableger in Leipzig wohl mit Dresdener und bundesweiter Personalzufuhr zur Opfer und „Sorgen“ Demo aufgewertet werden. <http://www.neues-deutschland.de/artikel/958914.pegida-ableger-treffen-auf-zehntausende-gegendemonstranten.html>

## **Steuerhinterziehende Lemminge im Südwesten**

**So viele Selbstanzeigen wie in keinem anderen Jahr sind 2014 in Baden-Württemberg eingereicht worden. Insgesamt 9.342 Selbstanzeigen wurden im vergangenen Jahr gezählt. Nach rund 6.600 Selbstanzeigen 2013 und etwa 2.400 in 2012.**

Die im Jahr 2014 eingereichten Selbstanzeigen führen zu geschätzten Mehrsteuereinnahmen von mehr als 170 Millionen Euro. Im gesamten Zeitraum von Februar 2010 bis Ende 2014 zählte die Finanzverwaltung 26.387 Selbstanzeigen im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in der Schweiz und in Liechtenstein. Sie führten zu nacherklärten *Erträgen* im Wert von 2,14 Milliarden Euro. Die daraus resultierenden Mehrsteuereinnahmen belaufen sich auf geschätzte 601 Millionen Euro. 2014 allein generierte also bald ein Drittel.

## **NSU Untersuchungsausschuss in Baden-Württemberg beginnt endlich auch mit (teil-)öffentlichen Sitzungen**

Am Freitag und nächsten Montag wird der baden-württembergische NSU Untersuchungsausschuss mit seinen ersten öffentlichen Anhörungen beginnen. Vorgesehen sind zunächst Zusammenfassungen . Am freitag erfolgt die Anhörung des Sachverständigen Heino Vahldieck Senator a. D. Mitglied der Bund Länder - Kommission Rechtsterrorismus. Dann am Montag kommen die Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse durch die Mitglieder des Bundestagsuntersuchungsausschuss Eva Högel und Claus Binninger und des wesentlich öffentlicher gehandhabten in Thüringen durch die Mdl Marx . In geheimer Sitzung am Freitag wird der Buchstabe A Ziffer I.17., 2 des Untersuchungsauftrags sowie die Beweisanträge und Sitzungen im Februar beraten.